



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 69

11. Dezember 2008

Heroin darf kein Arzneimittel werden

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat sich gegen die Zulassung von synthetischem Heroin (Diamorphin) als Arzneimittel ausgesprochen und lehnt einen entsprechenden Gruppenantrag von SPD-Abgeordneten im Bundestag ab: „Das wäre ein falsches gesellschaftspolitisches Signal, denn unser Ziel muss der Drogenausstieg bleiben und darf nicht der gesetzlich legitimierte Drogenersatz werden.“

Eisel unterstrich, dass das „Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger“, an dem sich Bonn beteiligt, auch ohne eine gesetzliche Anerkennung von Heroin als Medikament möglich ist: „Es geht bei dem SPD-Antrag vor allem darum, die Kosten für die Heroinsubstitution auf die Krankenversicherungen und damit auf alle Versicherten zu übertragen. Wenn eine Kommune das Heroin-Modellprojekt durchführen will, muss sie auch die entsprechenden Kosten tragen. Die meisten Städte wollen das nicht, zumal für Schwerst-Drogenabhängige auch das sog. das Methadon-Programm zur Verfügung steht, das viele Fachleute für wirksamer halten.“

Eisel will sich im Bundestag dafür einsetzen, die Fortsetzung des Modellprojektes auf der bisherigen Finanzierungsgrundlage zu ermöglichen, bei dem der Bundesanteil zehn Prozent betrage und der Bund Evaluationskosten übernimmt, um die Fortführung der Behandlung weiter unter Studienbedingungen zu verfolgen: „Das gesamte Heroin-Projekt ist sehr umstritten. Bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses am 19. September 2007 haben Sachverständige, Ärzte und Krankenversicherungen schwerwiegende fachliche Bedenken vorgetragen. Ich halte es auch für sehr problematisch, dass die Evaluierung des Projektes von denjenigen vorgenommen wurde, die selbst den Modellversuch durchgeführt haben und somit auch ein materielles Interesse an seiner Fortsetzung haben. Zur Klärung dieser offenen Fragen wollen wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den interessierten Kommunen die Fortsetzung des Versuchs mit einem neuen Studiendesign und einer unabhängigen Projektbegleitung ermöglichen.“